

# ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums

## PANDEMIE

# Solidarität in Zeiten der Krise

**Wie können wir der Epidemie begegnen, sie eindämmen bis gänzlich loswerden? Wie die Wirtschaft herunterkurbeln, ohne dabei zigtausende Menschen in Prekarität zu werfen? Warum nur solidarisches Handeln die Pandemie beenden kann? Diese und andere Fragen stellt sich die Initiative «ZeroCovid» und versucht Wege zu (er-)finden. Interview mit Bini Adamczak\*.**

*Du hast ZeroCovid mit initiiert. Wie kam es dazu?*

Die Pandemie zieht sich schon ein Jahr hin. Wie viele andere hatte ich von Anfang an den Eindruck, dass die europäischen Regierungen einen falschen Kurs einschlagen. Der Eindruck hat sich mit der zweiten Welle im letzten Herbst massiv verstärkt. Ein Grund, warum wir jetzt aktiv geworden sind, ist aber auch, dass lange Zeit gesagt wurde, wir warten auf den Impfstoff.

Nun ist klar geworden, dass die Impfungen das Infektionsgeschehen zunächst nicht verlangsamen werden. Die Fantasie, das Problem technologisch in den Griff zu bekommen, hat sich als Illusion herausgestellt. Es ist also wichtig, nicht nur auf medizinische, technische, sondern auch auf soziale, politische Lösungen zu setzen. Das Ziel von null Neuinfektionen ist logisch, ist es auch realistisch? Es ist erstaunlich, dass immer wieder so getan wird, als ob das

eine utopische Forderung sei. In fast einem Drittel der Welt ist sie realisiert worden. Gerade solche Länder, in denen die Pandemie zuerst aufgetreten ist, haben praktisch keine Infektionen mehr. Erreicht werden soll das durch einen solidarischen Shutdown.

*Wie sieht Solidarität in Zeiten einer Pandemie aus?*

Die bisherige Pandemiebekämpfung schränkt fast ausschliesslich die Freizeit ein, während sie die Arbeitszeit weitgehend ausspart. Wenn die drastische Infektionsdynamik gestoppt werden soll, braucht es aber drastische Massnahmen: Alle Arbeitsbereiche, die nicht dringend notwendig sind, müssen kurzfristig runtergefahren werden. Natürlich können die meisten Menschen nicht mehrere Wochen ohne Einkommen auskommen. Sie müssen finanziell unterstützt werden. Auch zu Hause bleiben geht nur für Menschen, die ein Zuhause haben. Wohnungslose Menschen müssen also in die leerstehenden Wohnungen einziehen. Dort, wo Menschen eng zusammenleben, kommt es schnell zu grossen Ausbrüchen. Folglich müssen Sammelunterkünfte aufgelöst werden. Die gesundheitspolitische und die sozialpolitische Perspektive zusammenzubringen, ist eine logische Notwendigkeit.

*ZeroCovid gilt als linke, radikale Antwort auf die Corona-Pandemie. Ist sie das?*

Noch vor zwei Jahren hätte ich nicht erwartet, dass die Bekämpfung einer Pandemie, die die gesamte Bevölkerung betrifft, ein spezifisch linkes Anliegen werden könnte. Dass die extreme Rechte kranke oder schwache Menschen sterben lassen will, ist nicht überraschend. Wenn die liberale Mitte jedoch beschliesst, zwischen Schutz des Lebens und Schutz der nationalen Wirtschaftsleistung abzuwägen und letzterer dabei den Vorrang einräumt, dann scheint Pandemiebekämpfung zu einer linken Auf-

gabe zu werden. Jetzt ist die Idee bei Linken auch umstritten, etwa wenn es um staatliche Macht und Überwachung zur Umsetzung eines Shutdowns geht. Es ist gut, dass es eine breite linke Diskussion über die Kampagne gibt. Aber ich glaube, dass ein grösserer Teil der Diskussion das Naturverhältnis der Pandemie aus dem Blick verliert und sich vor allem am Staatsverhältnis abarbeitet. Die staatlichen Massnahmen werden gewohnheitsgemäss kritisch hinterfragt. Die Frage, wie die Ausbreitung des Virus gestoppt werden kann, wird aber oft gar nicht erst gestellt. Dabei geraten die Verbindungen aus dem Blick: Ist ein kurzer und konsequenter Shutdown, der auf null Infektionen zielt, autoritärer als langfristige Massnahmen, die die Arbeitszeit aussparen, aber die Freizeit einschränken – und gleichzeitig nicht verhindern können, dass so viele Menschen erkranken und sterben? Für die aktuelle Politik ist es gewissermassen in Ordnung, wenn Leute sterben, es sollen nur nicht zu viele sein. Die westlichen Regierungen reagieren auf die Pandemie im Modus einer neoliberalen Gouvernamentalität, das heisst durch die Individualisierung von

AZB 4001 Basel  
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel  
Die Post CH AG



«Das ist ja ganz lustig, aber ich sehe euch lieber wieder am alten Wasserloch.»

Politik: Pandemiebekämpfung soll Sache der Eigenverantwortung sein. Das kann nicht funktionieren. Schliesslich stecken die Menschen nicht nur sich selbst an, sondern – meist ohne es zu wissen – auch andere. Die Pandemie, die unsere radikale Abhängigkeit voneinander zum Ausdruck bringt, lässt sich nicht individuell besiegen, sondern nur gesellschaftlich, solidarisch.

*Vergisst ein europäischer Shutdown nicht Menschen auf der Flucht und an den EU-Aussengrenzen?*

Wenn von Reisebeschränkungen die Rede ist, sind davon in der absoluten Mehrheit reiche Europäerinnen und US-Amerikanerinnen betroffen. Das sind die Menschen, die am häufigsten durch die Welt jetten. Im Verhältnis dazu sind Menschen, die aus ärmeren Ländern nach Europa oder in die USA reisen, eine Minderheit. Das zeigt sich auch am Infektionsgeschehen: Der Virusstrang aus Wuhan ist fast verschwunden, die Virusstränge, die jetzt in der ganzen Welt dominieren, haben ihren Ursprung meist in Europa. Es geht auch nicht darum, Menschen das Reisen zu verbieten, sondern zu verhindern, dass das Virus mitreist. Auch in Länder, die Covid bereits

besiegt haben, sind Einreisen ja möglich: aus anderen covidfreien Regionen sowieso und aus Risikogebieten wie Europa mit Quarantäne für zwei bis drei Wochen und Tests. Je triftiger der Grund für eine Reise ist, umso wichtiger ist es, dass sie stattfinden kann. Flucht ist natürlich einer der triftigsten Gründe dafür, eine Grenze zu überschreiten – im Gegensatz zu Abschiebungen, die mindestens für die Dauer der Pandemie ausgesetzt werden müssen. Und was die Lager an den EU-Aussengrenzen angeht, in denen Menschen unter miesesten hygienischen Bedingungen zusammengepfercht sind – ihre Auflösung ist auch aus gesundheitspolitischer Perspektive eine Notwendigkeit.

*Rund 100.000 Menschen haben die Petition zu #ZeroCovid unterzeichnet, die Initiative ist extrem erfolgreich. Wie geht es weiter?*

Momentan bilden sich verschiedene Aktions- und Vernetzungsgruppen. Wir stellen Verbindungen her zur britischen Kampagne «Zero Covid UK», die stark von Gewerkschaften vorangetrieben wird, und zum internationalen Bündnis «Zero Covid Alliance». Leute aus der Pflege und medizinischen Berufen sind bereits ein zentraler

Pfeiler unserer Initiative, aber jetzt sprechen wir vermehrt mit Menschen aus weiteren Arbeitsbereichen. Ihre Berichte aus den Betrieben sind oft haarsträubend. Wir stellen Verbindungen her und bieten Unterstützung beim Organisieren an. Gleichzeitig bilden sich immer mehr Ortsgruppen, bei denen Leute leicht mitmachen können.

*Aktuell sinken die Coronazahlen etwas. Ändert das was an der Kampagne?*

Es wäre natürlich erfreulich, wenn das so weitergeht. Aber wir haben ja im letzten Jahr gesehen, wie es läuft: In Deutschland hätte die Pandemie direkt im Februar und März 2020 erstickt werden können. Dann wäre es im Frühsommer, als die Zahlen wirklich niedrig waren, möglich gewesen, auf null Infektionen oder eine verfolgbare, sehr niedrige Inzidenz zu kommen und eine zweite Welle zu verhindern. Stattdessen wurden, vorangetrieben von der Wirtschaftslobby, «Lockerungen» durchgedrückt. Wir können also davon ausgehen, dass die Zahlen jetzt langsam sinken, Massnahmen dann frühzeitig aufgehoben werden und sich das Spiel wiederholt – allerdings auf schlimmerem Niveau, wenn Virus-Varianten sich schneller verbreiten

oder gar der Impfung entweichen. Das müssen wir verhindern. Es ist unmöglich zu warten, bis genügend Menschen geimpft sind, wir müssen die Pandemie vorher beenden. Die Impfung kann dann verhindern, dass sie zurückkehrt. Und zwar auf globalem Niveau. Ausserdem geht es darum, die ökologischen und ökonomischen Ursachen der Seuchen anzugehen, um eine Wiederholung zu unterbinden.

*Wie soll das finanziert werden?*

Die letzte Krise, die Finanzkrise, wurde auf Kosten der Teile der Gesellschaft bewältigt, die über besonders wenige Ressourcen verfügen. Etwas ganz Ähnliches zeichnet sich auch jetzt wieder ab. Das ist widersinnig. In einer Krise muss jede Gesellschaft auf Rücklagen aus besseren Zeiten zurückgreifen. In kapitalistischen Gesellschaften befinden sich diese Rücklagen zum Grossteil in privaten Händen.

Das Interview mit Bini Adamczak wurde von Birthe Berghöfer geführt.

\*Bini Adamczak (Berlin) arbeitet als Philosophin und Künstlerin vor allem zu Fragen gesellschaftlicher Transformation. Ihr findet sie auf Facebook, Twitter und Instagram.

Das Interview wurde zuerst in Supernova und nd (Neues Deutschland) veröffentlicht. Zu finden unter: <https://zero-covid.org/zeitung/>. Die erste gedruckte Ausgabe der Zero-Covid-Zeitung stammt vom Februar 2021.

## FEMINISMUS/MIGRATION

# Auf nach Nizza!

**Am 5. Juni findet eine transnationale feministische Aktion in Nizza statt. «In der Tat ist der Feminismus, wenn er richtig praktiziert wird, ein Zauberstab, der das Leben aller verändern könnte. Aber das kann nur geschehen, wenn wir es schaffen, unsere feministische Theorie immer wieder neu aufzubauen, indem wir mit anderen sozialen Bewegungen zusammenarbeiten.» (bell hooks)**

Wir begrüssen den Frühling mit einem Paukenschlag. In dieser militarisierten Welt, auf diesem, in ein grausames Warenlabor verwandelten Planeten, der unter der Zentralisierung des Reichtums, der Ausbeutung und der Kommodifizierung alles Lebendigen leidet, stellen die aktuellen feministischen Kämpfe eine der grossen Hoffnungen dar. Indem sie autonome Räume und unkontrollierbare Netzwerke schaffen, gelingt es ihnen, eine Vielfalt von Möglichkeiten zu erkunden und in vielgestaltigen Mobilisierungen neu zu konvergieren. Das Zusammenspiel verschiedener Räume

und Erfahrungen führt natürlich zur Vervielfältigung von Gruppen, Strategien, Allianzen und Debatten. Wir haben mehr Werkzeuge, mehr Erfahrungen, mehr Möglichkeiten zum Nachdenken und Kämpfen. Argentinische Feministinnen globalisieren den feministischen Streik, kurdische Frauen arbeiten an einem neuen autonomen Leben unter den Bomben, zapatistische Frauen bereiten ihre Boote vor, um ihr Feuer im Juli nach Europa zu bringen. Und wir, die in Europa lebenden Feministinnen, bereiten die grosse transnationale feministische Aktion in Nizza am 5.

Juni vor, um gemeinsam unseren Widerstand gegen die europäische Politik der Grenzschiessungen zum Ausdruck zu bringen und zu verstärken.(1) Da diese Politik auf europäischer Ebene organisiert ist, findet auch unsere feministische Aktion auf dieser Ebene statt. Ja in Nizza. Ja, bald. Ja, eine grosse transnationale feministische Aktion. Ja, gegen die Grenzen! Wir, Feministinnen, die in Europa leben, aus allen sozialen Verhältnissen und allen Altersgruppen, unabhängig von unserer Herkunft, unseren Lebenswelten, wir erheben unsere Stimmen, um zu sagen: «Nein! Ihr repräsentiert uns nicht – wir wollen nicht mehr, dass unsere Mauern umgeben!

Denn politische Grenzen sind eine virile und militaristische Konstruktion, das Ergebnis von Kriegen und Morden. Am 5. Juni werden wir in mehreren Sprachen erklären, wie diese Politik der Kriminalisierung der Migration durch die Verstärkung des repressiven Arsenalns nur die mafösen Ökonomien ent-

wickelt, in denen sich alle Formen der Gewalt gegen Exilierte, insbesondere Frauen und alle Menschen, die sich nicht der patriarchalen Ordnung anpassen, artikulieren. Wir werden sichtbar machen, was nicht sichtbar ist. Gemeinsam mit Zehntausenden von Feministinnen aus ganz Europa werden wir Tausende von Drachen in Richtung der Grenzen steigen lassen: für die Bewegungsfreiheit auf dem Planeten, für ein Europa ohne Mauern, für ein würdevolles Willkommen und die Anerkennung der Asylgründe speziell für Frauen, Lesben und alle Menschen, die nicht der patriarchalen Ordnung entsprechen. Wir werden singen, tanzen, uns ausdrücken. Bereiten Sie diese schöne Aktion am 5. Juni mit uns vor. Seien Sie Teil dieser unglaublichen Erfahrung. Seien Sie Teil des Lebens, das widersteht.

Pinar Selekk\*

\*Kämpferin der Poesie, Soziologin, Forscherin, Autorin, Universitätsprofessorin in Nizza



«Patriarchat, mach dich davon!»



Undervelier 2020

## FEMINISMUS/ANTIPATRIARCHAT

# Laut und frech

**Der 14. Juni 2019 mit seinem historischen, schweizweiten feministischen Streik ist allen in Erinnerung geblieben. Dieser Tag hat die Herzen bewegt, Mut gemacht und die Buntheit, Kreativität und Kraft der feministischen Bewegung gezeigt. Wir machen weiter.**

Es war für uns klar, dass wir auch in den folgenden Jahren erneut auf die Strasse gehen würden, da sich noch lange nicht genug bezüglich Gleichstellung und allen anderen feministischen Forderungen bewegt hatte. So versammelten sich am 14. Juni 2020 rund 30 Personen mitten auf der kantonalen Hauptstrasse in Undervelier, einem Dorf im Kanton Jura, um zusammen während zwei Stunden an einem reich gedeckten Tisch gemeinsam zu brunchen. Es war eine festliche, ausgelassene Stimmung unter den Transparenten, auf denen zu lesen war: «notre corps, notre vie, notre rue» («Unser Körper, unser Leben, unsere Strasse»). Für den Durchgangsverkehr war eine Umleitung ausgeschildert worden. Unsere Aktion dauerte nicht lange, bis wir von einem Streifenwagen besucht wurden. Statt mit uns gemütlich einen Kaffee zu trinken, forderten uns die Polizist:inn-en auf, die Strasse binnen 15 Minuten zu räumen. Bei Kooperation, so versprachen sie, gäbe es kein juristisches Nachspiel. Obwohl die Strasse innerhalb der geforderten Frist wieder frei war, erhielten zwei Personen rund acht Monate später je einen Strafbefehl mit einer Busse und Verfahrenskosten von 450 Schweizerfranken. Die Begründung des Strafbefehls mangelt nicht an Kreativität.

Beide Personen wurden verurteilt, weil sie eine Umleitung signalisiert hätten, die keine offizielle war (Verletzung von Art. 6 Abs. 1 Strassenverkehrsgesetz). Das harte Vorgehen der jurassischen Behörden scheint kein Einzelfall zu sein: Im Kanton Wallis wurden Frauen des «Collecifemmes valais» bestraft, weil sie in Monthey am 25. November 2020 Kerzen im Gedenken an die Opfer von Gewalt gegen Frauen vor dem Stadthaus angezündet hatten. Auch die feministische Demonstration in Basel vom 14. Juni 2020 wurde eingekesselt und 280 Frauen erhielten in der Folge Bussen. Und dieses Jahr wurden sechs junge Mädchen direkt nach der Frauendemo in Basel von 30 Polizist:inn-en in Kampfausrüstung umstellt, weil sie angeblich eine Sprayaktion durchgeführt hatten. Ein 14-jähriges Mädchen wurde von der Polizei in Handschellen abgeführt, weil sie eine (oder mehrere) Spraydose(n) in ihrer Tasche hatte! Hier können wir nur noch uns fragen: «Wer schützt Frauen und Kinder vor der Polizei?»

Wir wehren uns gegen diese unverhältnismässigen Repressionen – und werden uns weiter bunt, laut und frech für feministische Anliegen einsetzen!

Cora Dubach, Esther Gerber

## BALKANROUTE

# Ein Akt des Widerstands

**Bei einer Delegationsreise nach Kroatien und Bosnien im Jahr 2019 lernten wir verschiedene interessante Initiativen kennen, die sich mit Geflüchteten engagieren. Eine davon ist das «Center for Peace Studies» (CPS) in der kroatischen Hauptstadt Zagreb. Archipel befragte Maddalena Avon, warum sie in diesem Zentrum arbeitet.**

*Warum hast du eine mögliche Karriere für das Engagement mit Geflüchteten geopfert?*

Ich sehe meine Lebensentscheidung, Aktivistin zu sein, als notwendigen Akt des Widerstands, nicht als Opfer. Ich kam 2015 aus Italien für einen Studentenaustausch nach Kroatien, als viele Menschen auf der Flucht über die Balkanroute waren, und so habe ich mich sofort für sie eingesetzt. Dann habe ich sehr schnell von der Arbeit des «Center for Peace Studies» (CPS) gehört. Ich hatte das Gefühl, dass das CPS der Ort sein könnte, an dem ich mein Engagement und meine Leidenschaft für einen gemeinsamen Kampf gegen das EU-Grenzregime und für die Achtung der Menschenrechte tagtäglich leben könnte.

*Kannst du kurz die Organisation vorstellen, für die du tätig bist?*

Das CPS ist eine Organisation, die sich mit Themen wie der Bekämpfung von Ungleichheit, Diskriminierung und Vorurteilen befasst, die sich für die Entwicklung von Programmen zum Schutz der Menschenrechte von besonders verletzlichen Gruppen einsetzt und welche die Gewaltfreiheit postuliert, insbesondere durch das Programm für Friedensstudien, an dem ich dieses Jahr teilnehme. Das CPS ist eine basisorientierte, nichtstaatliche und gemeinnützige Organisation, die Gewaltlosigkeit und sozialen Wandel durch Bildung, öffentliche Politik, Forschung und Aktivismus fördert. Die Initiative entstand aus verschiedenen Formen der direkten Friedensarbeit in Westslawonien und wurde 1997 offiziell in Zagreb registriert.

*Wie sieht dein Engagement aus?*

Ich bin derzeit Mitglied des Programms »Asyl, Integration und menschliche Sicherheit«. Was ich an meiner Arbeit am meisten liebe, ist die Möglichkeit, an verschiedenen, aber doch sehr miteinander verbundenen

Themen zu arbeiten – von der Integration, über den Zugang zu Asyl, bis hin zu Diskriminierung und Überwachung von Menschenrechtsverletzungen. Auch der Einsatz verschiedener Methoden ist genial: ein vernetztes und grenzüberschreitendes Handeln durch direkte Aktion, Forschung und juristisches Vorgehen – ich glaube, das ist der Schlüssel, um umfassend auf die Dinge einwirken zu können, die wir verändern wollen.

*Wer sind die Menschen, denen du hilfst?*

Frauen und Männer, die für ein besseres Leben kämpfen und Sicherheit suchen. Sowohl diejenigen, die auf der Flucht sind, als auch diejenigen, die endlich sicher in einem europäischen Land sind, kämpfen darum, ein neues Leben in einer neuen Heimat beginnen zu können. Ich würde sagen, dass unser Ansatz nicht auf das Helfen fokussiert ist, sondern auf einen ermächtigenden Akt der Unterstützung und Orientierung. Wir sehen die geflüchteten Menschen, mit denen wir arbeiten, als unsere Freundinnen, Kollegen, als Gleichgesinnte an, und die Arbeit an diesen Themen ist viel mehr als nur ein Projekt – es ist eine langfristige und lebensverändernde Erfahrung auf beiden Seiten für alle, die beteiligt sind. Menschliches und politisches Engagement ist unerlässlich.

*Was brauchst du für deine Arbeit, was fehlt?*

Unterstützung von denen, die normalerweise auch für das Gemeinwohl arbeiten sollten – das müssten die öffentlichen Institutionen sein. Aber weil diese fehlt, wird auch die Solidarität in den lokalen Gemeinden sehr leise. Ich glaube, dass sie immer noch da ist, aber die Angst ist da, kriminalisiert zu werden, sobald man sich solidarisch zeigt und gegen die EU-Migrationspolitik handelt.

Interview: Johannes Dahmke

Mehr Informationen: [www.cms.hr](http://www.cms.hr)

# Ein Betroffener erzählt

**Flüchtende aus Afghanistan, Syrien und anderen Kriegs- und Krisenländern versuchen, die Alpen an der französisch-italienischen Grenze zu überqueren, um einen sicheren Ort in Frankreich oder Nordeuropa zu erreichen. Oft sind es ganze Familien mit kleinen Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen.**

Das EBF unterstützt die Bemühungen der Freiwilligen (der so genannten «Maraudeurs») vor Ort, um den Menschen auf der Flucht zu helfen. Doch die polizeiliche Repression ist brutal gegenüber den Flüchtlingen und ihren Unterstützer:innen. Hier geben wir den Bericht eines 16-jährigen afghanischen Jungen wieder, der mit seiner Mutter und seinem 13-jährigen Bruder auf dem Weg von Italien nach Frankreich war (übersetzt aus dem Englischen):

«Am Montag, de 16. November 2020, bin ich mit meiner Mutter und meinem Bruder aus Oulx in Italien abgereist. Wir nahmen den 13-Uhr-Bus, zusammen mit zwei anderen Familien. Wir stiegen in Claviere aus dem Bus und liefen direkt los in Richtung Frankreich. Nachdem wir die Grenze überquert hatten, fanden wir einige Leute, die uns halfen. Wir wollten gerade in die Autos einsteigen, als viele Polizisten ankamen, schwarz gekleidet und auch in militärischen Uniformen.

men. Alles wurde durchsucht: unsere Körper, unsere Taschen, wir mussten unsere Schuhe ausziehen. Die Frauen wurden von Polizistinnen durchsucht.

Wir mussten alle zur Polizeistation laufen und wurden in einen Container hinter dem Grenzposten gesteckt, alle zusammen. Wir wurden erneut durchsucht. Wir mussten etwa acht Stunden in diesem Container bleiben, also in einem einzigen Raum, und kamen erst heraus, als die italienische Polizei eintraf. Doch bevor dies geschah, befragte die französische Polizei jeden von uns über unsere Identität – auf Französisch. Ich sagte, dass wir nur Englisch verstünden, aber die Polizei redete weiter auf Französisch. Wir bekamen weder zu trinken noch zu essen, obwohl eine schwangere Frau und eine mit Diabetes dabei waren. Nach etwa sechs oder sieben Stunden kamen vier Polizeibeamte, um uns zu zwingen, Dokumente zu unterschreiben. Die Papiere

wurden nicht übersetzt, niemand informierte uns über unsere Rechte. Anschliessend mussten wir – einer nach dem anderen – ins Büro der italienischen Grenzpolizei, die unsere Fingerabdrücke, von jedem Zeigefinger, nahm, ausser bei den Minderjährigen. Dann haben uns die italienischen Polizisten wieder in Oulx am Bahnhof abgesetzt, von wo wir herkamen.

Am Donnerstag, den 19. November, versuchten wir es nochmals in Richtung Frankreich und fuhren wieder mit demselben Bus, mit einer zweiten Familie. Dann sind wir etwa zwei Stunden marschiert, es ging steil bergauf. Zum Glück trafen wir wieder Leute, die uns geholfen haben. Wir bildeten zwei Gruppen. Meine Familie wurde gegen 18 Uhr, nach dem Gipfel, angehalten, als wir zum Auto der Ärzte (von Médecins du Monde, Anm.d.Red.) herunterstiegen. Aber es waren schon

viele Polizisten da, sechs in dunkelblauer Kleidung und fünf in Militäruniformen. Als wir auf der Strasse ankamen, tauchte ein weisses Auto auf, das keinerlei Aufschrift trug, um uns abzuholen, und das brachte uns erneut zum Grenzposten. Wir landeten wieder in diesem Container. Meine Mutter hatte einen sehr schmerzenden Knöchel und bat über eine Stunde lang, einen Arzt sehen zu dürfen. Drei Polizisten kamen, um ihren Knöchel zu untersuchen, sie drückten auf ihm herum, obwohl sie grosse Schmerzen hatte. Einer der Polizisten erklärte: «Ich bin Arzt.» Aber schliesslich riefen sie dann doch das Krankenhaus an, und endlich kam ein Ambulanzwagen und brachte uns ins Hospital.»

Geschildert von  
Zemar Davut\*

\*Name von der Redaktion geändert. Dieser Bericht wurde von Daphne, die in der Initiative «Tous Migrants» engagiert ist, im «Refuge Solidaire» von Briançon am 23.11.2020 aufgezeichnet.

## GESTERN HEUTE MORGEN

# Überlegungen zur Pariser Kommune

**An vielen Orten und in etlichen Medien wird das 150ste Geburtsjahr der Pariser Kommune zelebriert und deren Geschichte analysiert. Wir haben den Historiker und Lehrer Laurent Bihl, gebeten, seine Sichtweise der Geschichte und die Parallelen zu heute zu erörtern.**

Ich habe es nie geschafft, eine wirklich angemessene Unterrichtsstunde über die Pariser Kommune (*la Commune de Paris*) abzuhalten – zu komplex. Manchmal habe ich eine entschärfte Vision abgeliefert, ein anderes Mal bin ich in die Falle getappt, die Protagonist:innen als Märtyrer:innen darzustellen. Im Gegensatz zu der landläufigen Meinung ist ein leidenschaftlicher Lehrer nicht automatisch ein faszinierender Lehrer. Für den Aufstand der Pariser Kommune von 1871 ist jedoch beides wesentlich: Leidenschaft und Faszination. In einem Interview über sein kürzlich erschiene monumentales Diktionär der *Commune* bestätigte Michel Cordillot gegenüber der Zeitung *Libération*: «Die Hundertjahrfeier der *Commune* fand drei Jahre nach dem Mai '68 statt, und diese Geschichte war eine leiden-

schaftliche Geschichte. Wir sind damals einen Schritt zurückgetreten und haben all diese sorgfältig konstruierten Mythen dekonstruiert.» Nur ein Beispiel: Am 27. Mai 1888, während einer kollektiven Ehrung an der «Mur des Fédérés», schoss ein Anarchist auf Eudes und tötete, statt ihm, versehentlich einen älteren Herrn in der Nähe. Besagter Eudes war einer jener Ex-Blanquisten<sup>1</sup>, die gerade dabei waren, mit Waffen und Gepäck dem nationalistischen und antisemitischen Lager von General Boulanger beizutreten, einem Vorläufer – wie einige Historiker:innen meinen – der kommenden faschistischen Wellen in Europa. Mythen? Ja, das Wort ist stark. Da die *Commune* so vielfältig und gespalten war, scheint es ganz logisch, dass jeder seinen eigenen Mythos aufgebaut hat, angefangen bei den Protagonist:innen selbst. Wie man sieht:



Tod bei Briançon: Tamimou Derman aus Togo (28) starb an Kälte. Foto: MR



Die Geschichte ist nicht einfach...

Da ich keineswegs als Spezialist für die Pariser Kommune gelten kann, bin ich ebenso wenig in der Lage, sie auf zwei Seiten zusammenzufassen oder ihren unglaublichen ideologischen und politischen Reichtum wiederzugeben – den Höhepunkt eines 19. Jahrhunderts der Utopie, die wir nicht mehr kennen und welche die Aufständischen von 1871 in sich trugen, als sie sich bemühten, diese in die Praxis umzusetzen. Sie wollten den Horizont weiter spannen als das allgemeine männliche Wahlrecht in einer Demokratie, in der die sozialen Ungleichheiten genauso festgeschrieben waren wie die individuellen Freiheiten. Ich werde mich deshalb hier darauf beschränken, auf zwei oder drei Elemente hinzuweisen, in der Hoffnung, dass die Leser:innen ein paar Denkanstöße in Bezug zum heutigen Zeitgeschehen finden mögen. Dies wird zumindest einen Beweis dafür liefern, dass bestimmte Themen der Commune sehr aktuell sind.

### Wissenschaftliche Guillotine

Die erste Bemerkung betrifft die Zahl der Opfer. In der geläufigen Geschichtsschreibung wurde die Zahl der Toten auf 20 bis 30.000 geschätzt. Die jüngste Studie eines englischen Professors, Richard Tombs, beziffert sie jedoch «nur» auf 5.700 bis 7.400 Tote. Seine Zahlen scheinen eine absolute Untergrenze darzustellen. Es geht hier um eine Diskrepanz von eins zu vier, die darauf hindeutet, dass eine kämpferische Erinnerung die Zahl der Opfer aufgebläht haben könnte. Tombs hält jedoch nur die Todesfälle für zuverlässig, von denen er in den Archiven eine Spur gefunden hat. Ja, diese sind unanfechtbar, und die Verschwundenen sind für den Historiker offenbar keine Toten, denn sie sind nicht Teil des



Archivs. Wenn Camille Pelletan in den 1880er Jahren die Zahl der Todesopfer auf 30.000 schätzte und die Überlebenden ihm in dieser Schätzung zustimmten, handelte es sich nur um deren Meinung oder um die Fassungslosigkeit des Augenblicks, getragen von einer unzuverlässigen «gemeinsamen» Erinnerung. Eine Historikerin namens Michèle Audin hat glücklicherweise dem englischen Historiker kürzlich widersprochen<sup>2</sup> und die Zahl von 20.000 angegeben, aber das scheint niemanden der Gilde zu interessieren. Worauf es ankommt, ist der «wissenschaftliche» Anspruch, sich nur auf «harte Fakten» zu stützen und alle Zeugnisse unter dem Vorwand abzulehnen, sie seien nicht «überprüfbar». Ein Historiker oder eine Historikerin behauptet oder vermutet nicht, nein, er oder sie «beweist». Eine solche wissenschaftliche Guillotine hatten wir auch bei den Meutereien von 1917, allein auf der Grundlage von militärischen Aufzeichnungen über das Erscheinen vor einem Richter. Und wie steht es mit den Erschiessungen ohne Verfahren? Natürlich ein Hirngespinnst, weil es keine Archive gibt. Wie viele der eilig verscharrten Leichen, die noch bis in die 1960er Jahre auf städtischen Baustellen ausgegraben wurden, werden in der traurigen Bilanz der «blutigen Woche» während der Commune nie ihren Platz finden?

Zurzeit gibt es in Spanien eine Polemik, dabei geht es um die Opfer einer anderen Repression. Nur ein paar hundert Tote wurden beim «weissen Terror» von 1815 registriert, über den es nur wenige Aufzeichnungen gibt, obwohl er tiefe Spuren in der Erinnerung und der Literatur des 19. Jahrhunderts hinterlassen hat.

### Wo ist die Selbstverwaltung?

Zweiter Anlass für mein Erstaunen: Für eine Revolution, deren Ziel es ist, ohne Anführer:innen zu funktionieren, kann das Märtyrertum der Pariser Kommune stützig machen. Es gibt den Kult des aufständischen Helden, doch auch hier gehen die Meinungen weit auseinander. Wer war ein Held oder eine Heldin? Wenn auch in allen Zeitungen das Werk der Commune recht gut in Erinnerung gerufen wird, fehlt immer noch ein Detail – ach ja, unbedeutend könnte man sagen: die Selbstverwaltung.

Éric Piolle, der grüne Bürgermeister von Grenoble, behauptet in der Tageszeitung Libéra-

### Die Pariser Kommune («La Commune de Paris»)

Die Pariser Kommune währte vom 18. März bis zum 28. Mai 1871 und entstand während des Preussisch-Französischen Krieges als Antwort auf die tiefgreifende Ungleichheit und Absenz demokratischer Mitbestimmung, auf die das Zweite Kaiserreich Frankreichs begründet war. Diese Misstände waren auch in der Dritten Republik, die im September 1870 ausgerufen wurde, weiterhin präsent.

Die Commune war der Versuch, eine demokratische Gesellschaftsform aufzubauen und die Stadt nach sozialistischen Vorstellungen zu verwalten. Bereits im Vorfeld der Commune waren Clubs und Komitees entstanden, in denen politische Diskussionen über solidarische Strukturen und Selbstbestimmung stattfanden. Diese Tatsache färbte auch auf andere französische Städte ab. Während der Pariser Kommune bildeten sich die ersten feministischen Organisationen, die für die Rechte der Frauen in der Gesellschaft kämpften. Die Frauen verlangten und bekamen in dieser kurzen Zeit erstmals das Recht auf Arbeit und gleichen Lohn wie die Männer und erstritten weitere Rechte wie die Gleichstellung ehelicher und nicht ehelicher Kinder sowie die Säkularisierung von Bildungs- und Krankenpflegeeinrichtungen. Es wurden Reformen für Kultur, Bildungswesen, für die Arbeiter:innen, die Armen oder Kranken durchgedacht und – in der kurzen Zeit – zum Teil auch realisiert. Am 21. Mai 1871 drangen jedoch schwer bewaffnete Regierungstruppen durch ein unbewachtes Tor in die Stadt ein. Die Organisationsstrukturen der Kommune brachen zusammen und es kam zu schrecklichen Strassenkämpfen in den Pariser Stadtbezirken. In dieser sogenannten «blutigen Maiwoche» wurde die Pariser Kommune niedergeschlagen. Trotzdem hat dieser Volksaufstand mit seinen Akteur:innen wie z.B. Louise Michel tiefe Spuren in der Gesellschaft hinterlassen und wirkt – bis heute – weiter in etlichen selbstverwalteten und sozial orientierten Projekten.

tion vom 20./21. März 2021, ein Anhänger der antiproduktivistischen Commune und derjenigen des Föderalismus zu sein, was ich ziemlich mutig finde. Es wäre jedoch amüsant, die aktuellen Tonangebenden der Linken über das Verbot von Privatbanken oder über die Selbstverwaltung zu befragen, beides Themen, die aus dem Brutkasten der Commune stammen. Sie, die ständig proklamieren, dass die Commune die Pionierin der Ökologie, des Feminismus und des Säkularismus gewesen sei.

### Bezug zum Kolonialismus

Dritte Bemerkung: Ich bin überrascht, dass es nur ganz wenige Spezialist:innen gibt, die überhaupt das Phänomen der Unterdrückung von sozialen Volksbewegungen bei uns mit der kolonialen Gewalt in Zusammenhang bringen. Lassen Sie mich das erklären: Der Verantwortliche für die Zerschlagung des Pariser Arbeiter:innenaufstandes im Juni 1848 war General Cavaignac, der gerade aus Algerien zurückgekehrt war, wo er als erster unter dem Befehl von Thomas Robert Bugeaud, Marschall von Frankreich, das «Ausräuchern» der Rebell:innen praktiziert hatte. (Um den algerischen Aufstand niederzuschlagen, zündete die französische Armee die

Eingänge zu den Höhlen an, in denen die rebellischen Stämme Zuflucht gesucht hatten. Im Dahra-Massiv starben so mehr als 700 Menschen. Anm. d.Red.). General Saint-Arnaud war zum Zeitpunkt des Staatsstrechs vom 2. Dezember 1851 ebenfalls von Bugeaud geschult und hatte mehr oder weniger das gleiche Profil.

Als Leutnant in diesem Algerien der Dreissigerjahre des 19. Jahrhunderts verdiente sich der Fremdenlegionär und spätere Militärgouverneur von Paris, Joseph Vinoy, in zwanzig Jahren militärischer Unmenschlichkeit alle seine Streifen. Dies führte dazu, dass er 1851 mit der Unterdrückung des Volksaufstandes in den Basses-Alpes im Süden Frankreichs betraut wurde, bevor er 1871 einer der Anführer in Versailles wurde. Er liess den 30-jährigen Arbeiter und Blanquisten Émil Duval und einige andere Überlebende nach dem verzweifelten Einsatz vom 4. April<sup>3</sup> festnehmen und auf dem Plateau von Châtillon erschiessen. Galliffet schliesslich, der für die blutige «Säuberung» der Strassen von Paris am Ende der Kämpfe verantwortlich war, ist 1857 als Leutnant nach Algerien geschickt worden und hatte an allen Expeditionen dieser Zeit teilgenommen. Dann

## Archipel Monatszeitung des Europäischen BürgerInnenforums

April 2021 - Nr. 302

**Jahresabonnement:**  
11 Nummern, 60 sFr; 40 Euro  
Verlag, Herausgabe, Herstellung,  
Redaktion: Europ. BürgerInnenforum  
Verantwortliche Redakteurinnen:  
Joëlle Meunier, Constanze Warta  
Druck: Ropress Zürich  
[www.forumcivique.org](http://www.forumcivique.org)

### Adressen

**Schweiz:**  
Postfach 1848, CH-4001 Basel  
Tel: 0041/61 262 01 11  
[ch@forumcivique.org](mailto:ch@forumcivique.org)

**Österreich:**  
Lobnik 16  
A-9135 Eisenkappel/Zelezna Kapla  
Tel: 0043/42 38 87 05  
[at@forumcivique.org](mailto:at@forumcivique.org)

**Deutschland:**  
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf  
D-17159 Dargun  
Tel: 0049/39 959 23 881  
[de@forumcivique.org](mailto:de@forumcivique.org)

**Frankreich:**  
St. Hyppolite  
F-04300 Limans  
Tel: 0033/4 92 73 05 98  
[fr@forumcivique.org](mailto:fr@forumcivique.org)

**Ukraine:**  
vul. Peremogi 70  
UKR-90440 Nijne Selischtsche  
Tel: 00380/31 42 512 20  
[ua@forumcivique.org](mailto:ua@forumcivique.org)

beteiligte er sich an dem finsternen neokolonialen Abenteuer in Mexiko und an der Belagerung von Puebla 1863<sup>4</sup>, woraufhin er verwundet und im Anschluss mit der Anordnung aller Operationen der Konterguerilla beauftragt wurde. Obwohl ich kein Spezialist für Militärgeschichte bin, beschäftigte ich mich mit den beiden Korps von Galliffets Brigade, dem 9. und 12. Reiterbataillon: Das 12. Bataillon zeichnete sich bereits im März 1863 bei der Belagerung von Puebla aus. Aber es ist das 9. Bataillon, das eine «vorbildliche» Dienstbilanz vorweisen kann: Es war von 1868 bis 1870 in Algerien im Einsatz, wo seine Männer den Anfängen dessen gegenüberstanden, was 1871, nach der *Commune*, zum allgemeinen Aufstand in der Kabylei (Bergregion mit eigener ethnischer Gruppe im Norden Algeriens, Anm. d. Red.) werden sollte. So massakrierten sie damals unter dem Befehl von Cérez die Einheimischen in Laghouat. Dann amtierten sie unter Galliffet während der «blutigen Woche» der Pariser Kommune, bevor sie (anscheinend, denn die Informationen sind widersprüchlich) nach Algerien zurückkehrten, um unter Cérez die Morde an den aufständischen Kabylnnen weiterzuführen.

### Moral

Es sind am Ende die gleichen Leute, welche die Rebellinnen auf beiden Seiten des Mittelmeers massakrieren. Die kolonialisierten Menschen und die sozialistischen Kämpferinnen

hier bei uns werden von der gleichen liberalen Bourgeoisie (vermischt mit nostalgischen Monarchistinn-en) unterdrückt, mit den gleichen Methoden, der gleichen Grausamkeit, die von den gleichen Prinzipien ausgeht.

Ich möchte mit einer Anekdote enden: Im März 1971 versuchte eine von der Kommunistischen Liga und der Proletarischen Linken initiierte Demonstration in Paris die Kathedrale Sacré Cœur, Symbol der Zerschlagung der *Commune*, zu stürmen. Die Ordnungskräfte griffen an und die Zusammenstöße dauerten bis zum Einbruch der Nacht. Die Folge: 27 Verletzte in den Reihen der Polizei. In dieser Zeit wurden die Zahlen der verletzten Demonstrierenden selten veröffentlicht. Die Historikerinnen von morgen, die sich für solche Phänomene interessieren, werden vielleicht das Wiederauftauchen mehrerer Krankenhausregister bemerken, denen die Seiten über die Nächte nach den Demonstrationen herausgerissen wurden. Das «beweist», dass auch im Mai '68 und im folgenden Jahrzehnt die Ordnungskräfte sehr nett und harmlos waren...

Aber wie Michèle Riot-Sarcey in einem bemerkenswerten Artikel in einer Sonderausgabe der französischen Tageszeitung von *L'Humanité* erfreulicherweise feststellt, «... wäre es vielleicht an der Zeit, die Geschichte der Arbeiterinnenbewegung zu überdenken, damit die assoziative Bewegung und die autonome Organisation der Arbeiterinnen wieder ihren vollen Platz einnehmen und somit das Erbe der *Commune* weitergetragen werden kann.» Und die Historikerin führt als Beispiel die Bewegung der «Ronds points de Commercy»<sup>5</sup> im Dezember 2019 an.

Laurent Bihl,  
Geschichtspräsident an der  
Sorbonne, Paris

1. Michèle Audin, *La semaine sanglante*. Mai 1871: légendes et comptes, Paris, Editions Libertalia, 2021

2. Blanquist: sich auf den grossen Revolutionär Louis-Auguste Blanqui (1805-1881) berufend.

3. Am 4. April 1781: Die Offensive der Kommunisten scheitert bei Châtillon, etwa 1500 Mann werden als Gefangene nach Versailles gebracht. (Anm. d. Red.)

4. 1862 drangen die Franzosen in das mexikanische Hochland vor, besiegten nach der verlorenen Schlacht bei Puebla am 5. Mai 1862 (heute als Feiertag «Cinco de Mayo» gefeiert) schliesslich die mexikanischen Truppen und besetzten die Hauptstadt des Landes. Napoleon III setzte Erzherzog Maximilian von Habsburg, den Bruder von Kaiser Franz Joseph I. von Österreich, als Kaiser von Mexiko ein. (Anm. d. Red.)

5. Appell von Commercy, Forderungen der Gelbwesten-Protestbewegung in Frankreich 2019 und Anfang 2020

## ATOMKRAFT – NEIN DANKE

# «Atomausstieg» und Endlagersuche

**10 Jahre nach der Katastrophe von Fukushima will Deutschland, internationaler Vorreiter des «Atomausstiegs», bis zur Mitte des Jahrhunderts siebenundzwanzigtausend Kubikmeter unbrauchbare hochradioaktive Nuklearelemente in tiefen geologischen Schichten vergraben.**

Gleichwohl dieses Verscharren als der «letzte Schritt» des atomaren Abenteuers verkauft werden soll, bleibt Deutschland mit seiner Atomwirtschaft in Zukunft wichtiger Protagonist im Ausbau des globalen nuklearen Desasters. Dieser Artikel soll den aktuellen Weg des «Ausstiegs» sowie Instrumente und Beteiligungsverfahren der Endlagersuche erklären und aufzeigen, warum es auf die Art keinen Ausstieg aus der Kernenergie geben kann. Denn die deutsche Heuchelei der «diskreten nuklearen Proliferation» wird das Problem weiterhin verschärfen. Die immer gleichen werden von diesem Wirtschaftszweig profitieren, während sie die Risiken und Kosten weiterhin demokratisieren.

Im Jahr 2011, nach dem mehrfachen Supergau von Fukushima, war es auch den Konservativen in der BRD scheinbar zu viel der Angst, beziehungsweise genug der Verunsicherung. Trotz jahrzehntelanger Unterstützung der Atomlobby entschied das regierende Merkel-Kabinett, auf die kurz zuvor beschlossene Laufzeitverlängerung der AKWs zurückzukommen und den bereits 2001 eingeleiteten «Ausstieg» umzusetzen. Weltweit wird seit langem auf die fortschrittliche Energiepolitik der Bundesrepublik verwiesen. Die Förderung erneuerbarer Energien seit den 1990ern bereitete den Weg für eine «grüne Wende» (auch als Stabilisierung der Vormachtstellung der Energiekonzerne bekannt). Nach dem SuperGAU bot sich die Möglichkeit, auf die Forderung des «Abschaltens» aus der Zivilgesellschaft eingehen zu können. Leider griff diese Forderung reichlich kurz. Denn die Forderung des «Abschaltens» wurde in der Praxis konsequenterweise als «Teilausstieg» umgesetzt. Sie tastete keine Monopole an und beinhaltete keine Forderungen nach Demokratisierung

und Dezentralisierung der Energiepolitik.

### Atomstaat Deutschland heute

Deutschland und seine Konzerne sind weit davon entfernt, sich von dem Geschäft mit der Radioaktivität zu verabschieden – von den Minen bis zur (Langzeit-)Verwaltung der strahlenden Fracht. Dazu einige Beispiele: Monat für Monat dient Deutschland als Drehscheibe für den Import des nuklearen Rohstoffs Yellow-Cake, etwa auf dem Weg über Hamburg zu den südfranzösischen Brennstoff-Fabriken. Angesichts verbotener Ausfuhr von Atommüll ist der Export von Materialien, die als «Wertstoffe» deklariert werden, nach Russland gängige Praxis. Auch die Umwidmung der Siemens-Nuklearsparte in ein Unternehmen des französischen Kernkraft-Betreibers Orano spricht Bände. Sie führt zu abertausend Beschäftigten, die mit dem Ausbau des neuen Druckwasserkraftwerks EPR in Deutschland ihr Geld verdienen – jedoch unter blau-weisser Fahne. Die Firma «General Nuclear Services» (GNS), welche sich in Essen ein Gebäude mit der «Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung» (BGZ) teilt, verdient ihr Geld auch in Zukunft mit dem Transport des Mülls. Die profitablen Anlagen zur Brennelementherstellung in Lingen und jene zur Urananreicherung in Gronau durch den Betreiber URENCO veranschaulichen ein sehr spezielles Verständnis von Atomausstieg.

Die Lektion: Im transnationalen Kapitalismus ist es irrelevant, an welchem Ort ein Meiler entwickelt und betrieben wird oder wurde. Ein System ist im Gange, das bei jedem der Schritte von den Minen bis zur Müllverwaltung Umwelt und Mensch bedroht, damit der Rubel rollt. Der de-facto-Fortbestand der zivilen Atommacht BRD wird



durch den freien Markt verschleiert. Doch abgesehen von dieser Kritik am ach so «Atomkraft-Nein-Danke»-Deutschland bleibt in jedem Fall die zentrale Frage: Wohin mit dem Müll?

Die Frage nach dem Müll wird nach wie vor unscharf beantwortet, wenn auch deutliche Fortschritte im Vergleich zu den 1970er-Jahren zu verzeichnen sind. Es gibt eine Klarheit: Der hoch radioaktive Müll soll – in Salz, Ton oder Granit – in ein rund 500 Meter tiefes Loch versenkt werden, welches laut Atomgesetz bis 2051 gebaut und dann fünfhundert Jahre lang befüllt wird. Schliesslich kommt ein Deckel darauf und das Problem ist in etwa bis ins Jahr 1002551 abgeklingen – ernsthaft. Im Jahr 2020 wurde, kaum öffentlich wahrnehmbar, eine grosse Kampagne zur Überzeugung der Bevölkerung ob der Notwendigkeit dieser spezifischen «Lösung» mit dem Vergraben des Mülls in tiefen geologischen Schichten in Deutschland angestossen. Symbolisch geht es um die Vermittlung der Idee vom «Ende der Geschichte» dieses gefährlichsten Kapitels der Energieindustrie.

In dieser Neuauflage der Endlagerdebatte sind die Begriffe «Bürgerbeteiligung», «Sicherheit» und «Transparenz» tonangebend. Die Ämter und Behörden, die im Prozess aktiv sind, wollen nun von der «Weissen Landkarte» in eine «Ergebnis-offene Suche» einsteigen: «Föderal», «Mehrstufig», «aus den Fehlern der Vergangenheit lernend» und «weniger von Oben herab». Eine «Endlagerkommission» hat den Weg nach dem Ausstiegsbeschluss geebnet und ein Verfahren erdacht: neue Akteur:innen, einen Zeitplan und Kernargumente zur Umsetzung. «Es ist ein Neubeginn, (...) das Schreiben des letzten Kapitels», so fasst Wolfram König, Präsident des «Bundesamtes für die Sicherung der Nuklearen Entsorgung» (BASE; umgangssprachlich: Atommüllbundesamt) zusammen. Und: «Die Rückholbarkeit soll während dem gesamten Betrieb gewährleistet sein.»

Zentral sind bei diesem grossen Thema die grossen Worte. Der Diskurs hebt die «Nationale Verantwortung» hervor und will die langfristig betroffene Region zur «Heldin der Republik» machen. Der rein politisch motivierten atomaren Vermüllung des Wendlands, die der Vater Von der Leyens forciert hatte, soll nun der demokratische Dialog weichen.

Gleich einer Walze rollt nun ein Prozess, der keine Alternative zu kennen scheint. Über die letzten drei Jahre hat die «Bundesgesellschaft für Endlagerung GmbH» (BGE) in Zusammenarbeit mit Geo-Wissenschaftler:innen und den Ländern die Beschaffenheit der deutschen Böden zusammengetragen und Ende September 2020 im «Zwischenbericht Teilgebiete» der Öffentlichkeit vorgestellt. Dieser «erste Schritt» der Suche verdeutlichte, dass das Vorhaben zunächst theoretisch in rund der Hälfte der Bundesrepublik umzusetzen sei. Dem geologischen Gesamtbild werden in naher Zukunft weitere naturwissenschaftliche aber auch soziologische (Akzeptanz-) Erhebungen folgen. Der Auftrag der BGE wurde in einer Novellierung des Standortauswahlgesetzes 2017 festgelegt: Den besten Standort in Deutschland finden, der «eine Million Jahre» (!) sicher ist. Die BGE ist Vorhabenträgerin und designierte Betreiberin des zukünftigen Standortes und wird vom Bundesumweltministerium (BMU) durch die Superbehörde BASE beaufsichtigt. Das in der Haftung beschränkte Unternehmen wird also zunächst die weitere Erforschung und die Errichtung von «Erkundungs-Laboren» vor Ort umsetzen.

### Beteiligungsverfahren

In der Folge sollen mit Fachkonferenzen (vier Expertinnen-Podien von Herbst 2020 bis Sommer 2021) und Regionalkonferenzen konkrete Endlagerstandorte festgelegt werden und bis ins Jahr 2031 Bundestag und Bundesrat über ein Gesetz zur Endlagerbestimmung entschieden haben. Dieses wäre

dann juristisch anfechtbar – theoretisch. Als demokratisches Beiwerk zum Prozess fungiert das Nationale Begleitgremium (NBG), zusammengesetzt aus 18 Persönlichkeiten und zufällig ausgesuchten Bürger:innen. Die Einbindung ehemaliger Gegner:innen und heutiger Realos ist ein Wesensbaustein des Gremiums, das helfen soll, die Öffentlichkeit zu überzeugen, aber keinerlei Befugnisse hat. Hand in Hand mit BASE und BGE arbeitend, scheint die Betitelung als «Feigenblatt-Gremium» durch historische Atomkraftgegner:innen zu greifen. Jedenfalls blieb die Kontroverse in den spärlich besuchten Veranstaltungen bisher fast gänzlich aus.

Das Corona-Jahr erwies sich als tauglich, um ein Verfahren in die Gänge zu bringen, das eine kreative Auslegung des im Atomgesetz verankerten «Dialogzwangs» mit der Bevölkerung ermöglicht. Die Partizipation wurde digitalisiert und delegiert, was zu einer de-facto-Abwesenheit öffentlicher Debatten führte. Trotz der pandemischen Ausnahmesituation in 2020/2021 hielt der Bund am Zeitplan fest. Denn das Gesetz will, dass in zehn Jahren ein Standort steht. Koste es was es wolle.

Der auch von der BASE als äusserst «sportlicher Zeitplan» betitelt Prozess kostet einen Haufen Geld – und die Hast macht das Verfahren tendenziell teurer. Die Verluste der insgesamt defizitären Branche werden (wie die Risiken) demokratisiert und auch die Endlagersuche könnte ein politisches und wirtschaftliches Fiasko werden – ausser für die



Landwirtschaftliches Land soll dem Atommüll geopfert werden: die Gemeinde Bure in Frankreich

## ABONNEMENT

Ich abonniere «Archipel» und überweise für ein Jahresabonnement den Betrag von 60 Fr. oder 40 Euro auf Konto:

Schweiz: Europäisches BürgerInnenforum, PC 40-8523-5

Deutschland: Europ. Kooperative, Raiffeisenbank, Malchin, IBAN: DE59150616180007703597  
Vermerk: Archipel oder EBF

Österreich: Konto EBF, Posojilnica-Bank, Eisenkappel, IBAN: AT70 3910 0000 0805 5451, BIC: VSGKAT2K

Name .....

Vorname .....

Strasse .....

PLZ ..... Ort .....

Land .....

Konzerne. Der Staat hat mit dem Beschluss des «Abschaltens» binnen einem Jahrzehnt, höchst-richterlichen Urteilen zufolge, in Eigentumsrechte der Unternehmen eingegriffen und muss nun mit hohen Entschädigungskosten gegenüber etwa RWE oder Vat-tenfall rechnen.

### Finanzierung

Das Konzernquartett (obige plus EnBw und E.On) hatten sich noch geschickt von den «Altlasten» freigekauft: 24 Milliarden waren geflossen, um sinngemäss zuzusagen: «Wir sind jetzt draussen, dafür behalten Volk und Regierung die Verantwortung über die Anlagen, deren Rückbau und die zigtausend Kubikmeter Müll.» Nun fliesst das Geld zurück.

Deutschland wollte mit diesem Fonds und den zu erwartenden Zinsen bis zu 160 Milliarden Euro (!) generieren, um nach dem

Rückbau der Anlagen Mitte des Jahrhunderts eine sichere Müllverwaltung zu verwirklichen. Ob das möglich ist, hängt von einer finanzwirtschaftlichen Prognose über Jahrzehnte ab – Ökonom:innen geben sich skeptisch. (...)

### Wo stehen wir?

In Deutschland hat die Kommunikationsstrategie von Staat, Konzernen und Teilen der Bewegung nach dem Ausstiegsbeschluss 2011 zu einer allgemeinen «Atomkraft-ist-vorbei»-Stimmung geführt. Viele der ökologischen und antikapitalistischen Argumente bleiben jedoch hochaktuell.

2020 gab es, trotz Corona, einige Interventionen, wie etwa spektakuläre Kletteraktionen und Blockaden von Mülltransporten in Richtung Russland. Auch eine kritische Begleitung der Rückholung des Atommüll-Transportes aus dem britischen Windscale (seit dem INES-5 Unfall von Oktober 1957 auch «Sellafield») schaffte Öffentlichkeit. Aber die Bewegung scheint deutlich geschwächt: Die Einbindung ehemaliger Gegner:innen in die tonangebenden Gremien entfaltet ihre Wirkung.

Das über vier Jahrzehnte heiss umkämpfte Gorleben schied schon im allerersten Schritt des Suchverfahrens aus: einerseits

ein Erfolg der Bewegung, andererseits womöglich der Versuch, den letzten Wind aus den Segeln der organisierten Gegner:innen zu nehmen. Niemand wollte die Nachricht so recht feiern, und die Bürgerinitiativen im Wendland kündigten prompt ihr Engagement für kommende Proteste im Rahmen der Endlagersuche an.

Bisher überrascht die Kritik an der Endlagersuche durch ihre politische Richtung. Das Land Bayern, traditionell rechtskonservativer Grossprofiteur der Atomindustrie, verankerte bereits im Koalitionsvertrag die Nicht-Eignung des Landes für ein Endlager. Der Christdemokrat Schünemann – ehemals niedersächsischer Innenminister, der die letzten Anti-Castor-Proteste verprügeln liess – setzte sich in Würzgassen auf die Schienen, um die Pläne für ein 450-Millionen-Atom-Logistikzentrum anzufechten. Die «Not-in-my-backyard»-Argumentation scheint in Mode. Eine linke Kritik sucht neuen Halt, während sich die Grünen mittlerweile auf die Seite der Auto- und Atomkonzerne geschlagen haben.

### Atomindustrie forever?

Das angeblich «letzte Kapitel» (unter dem Motto: «nach uns die Sintflut und wir buddeln

ein tiefes Loch») wird nicht nur eine weitere Gefährdung der Umwelt bedeuten. Die beteiligten Akteure und Institutionen werden sich im Namen der Sicherheit ein nachhaltiges Zukunftsgeschäft sichern und die aktuelle Situation ausnutzen, um eine kritische Debatte zu vermeiden. Der aktuelle Diskurs will die reine Wissenschaft und überragende technische Lösungen verkaufen, so wie damals bei der Einführung der Nukleartechnologie. Doch können die gleichen Leute und Denkweisen die Probleme lösen, die sie selbst in die Welt gesetzt haben? Sämtliche Nuklearstaaten verfolgen derzeit das gleiche Ziel einer tiefengeologischen Endlagerung. Manch eine:r möchte der Atomkraft auch in Deutschland zu neuer Jugend verhelfen wie etwa Sachsens Ministerpräsident Kretschmer, der Anfang 2020 äusserte, er könne sich einen «Wiedereinstieg in die Atomkraft» vorstellen. Die niederländische Regierung stiess jüngst Pläne für den Bau von elf neuen AKW an der deutschen Grenze an. Wie auch Macron in Frankreich bekennen sich holländische Populist:innen zu einer angeblich klimafreundlichen Technologie. Deutschlands Sonderweg zeichnet sich durch einen scheinbaren Schlussstrich aus, der in Wirklichkeit nur eine

Verlagerung der Atomwirtschaft bei gleichzeitig anhaltender Verstrahlung des Landes beinhaltet. Wenigstens die Gefahren der Nuklearsparte und hoch angesetzte Kostenrechnungen (...) der Endlagersuche scheinen in den Köpfen der Öffentlichkeit angekommen zu sein. (...) Das Interesse derselben an der Endlagersuche ist aber bisher schwindend gering. Ein Problembewusstsein für die im weiteren Ausbau befindliche Industrie ist nicht (mehr) zu erkennen. (...) Bisher schaut die Bevölkerung, analog zu anderen Krisen der Industriegesellschaften, dauerduldsam auf einen gut-geölten Staat, der vermittelt, er habe das Problem im Griff. Die Forderung einer «Abschaltung aller Atomanlagen weltweit» rückt in weite Ferne und die vermeintlich so starke deutsche Antiatombewegung erscheint aktuell in trübem Licht. Kommende Fach- und Regional-konferenzen zur Endlagersuche, das Handling der Öffentlichkeitsbeteiligung in der anhaltenden Krise und der in diesem Jahr geplante Castor-Transport aus La Hague werden zeigen, ob sich neuer Widerstand gegen die nachhaltigste aller industriellen Katastrophen aus der Deckung wagt.

Luc S., Landwirt und deutsch-französischer Medienaktivist

### Gemeinden und Kirchen für die Aufnahme von mehr Geflüchteten in der Schweiz



Es gibt genug Platz! Leere Stühle vor dem Bundeshaus in Bern: Mit dieser Aktion und einer Medienkonferenz am 29. März forderten zahlreiche Vertreter:innen von NGOs, Städten und Kirchen, dass mit ihrer Hilfe mehr Geflüchtete aus den Lagern in Griechenland aufgenommen werden. Der Appell richtete sich an die Schweizer Regierung.